

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

30. Oktober 1968 - 87/11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

IN CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER BEOBACHTER FÜR DEN CDU-BUNDESPARTEITAG IN WESTBERLIN (FAKSIMILE SEITE 5)
AUSEINANDERSETZUNG IM HAMBURGER RC UM DEN KURS DER APO - EIN REFERAT DES SDS-MITGLIEDES OSKAR NEGTE (SEITE 7)
"WIDERSTAND IST DAZU DA, GEBROCHEN ZU WERDEN" - EINE WOCHE JUSTIZ UND POLIZEI IN MOABIT (SEITE 11)

APO-AKTION: 10 000 FLUGBLÄTTER ZUM CDU-BUNDESPARTEITAG

Mit einer großangelegten Aufklärungs- und Agitationskampagne zum CDU-Bundesparteitag hat Westberlins Außerparlamentarische Opposition am Montag dieser Woche begonnen. Das erste Flugblatt einer 11er-Serie, die in einer Auflage von etwa 100 000 Exemplaren erscheint, wurde verteilt. EXTRA-Dienst dokumentiert Auszüge aus dem ersten Flugblatt und den Kopf, der für die ganze Serie gelten wird. Am Montag wurden von Polizisten bereits die ersten Flugblatt-Verteiler zum Revier genommen; der Vorwurf: sie hätten die in Westberlin verbotenen Embleme der NSDAP öffentlich gezeigt. - Die Flugblätter wurden von einer ad hoc zusammengestellten Arbeitsgruppe CDU-Parteitag im republikanischen Club hergestellt. Zahlreiche Verbände der APO haben sich der Aktion angeschlossen. Am heutigen Mittwoch (30. Oktober) ab 18 Uhr wird das zweite Flugblatt im RC ausgegeben, das dritte am Freitag, jeweils um 18 Uhr.

Der Westberliner Sozialdemokratische Hochschulbund hat in einer Erklärung ebenfalls gegen den CDU-Parteitag protestiert: "Die Wahl des Tagungsortes schadet den Interessen Berlins, da diese sinnlose Wiederbelebung des Hauptstadtmythos den Anhängern eines harten Kurses in der DDR Vorwände zu neuen Repressalien liefern wird", heißt es in der Erklärung. Der SHB schließt mit einem scharfen Angriff auf den SPD-Senat: "Die stillschweigende Duldung der wahltaktisch orientierten Kalten-Kriegs-Politik der CDU wird der Senat zu verantworten haben, da dieser doch um die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz für Berlin weiß".

SPD-VERFAHREN: VERBANNUNGSURTEILE GEGEN DIE LINKE

Die Parteiverfahren gegen die gemäßregelten SPD-Funktionäre Beck, Ristock und Gerull vor der Bundesschiedskommission der SPD am vergangenen Wochenende im Rathaus Schöneberg erbrachte Aufhebung aller vorinstanzlichen Urteile der Landesschiedskommission und teilweise erheblich verschärfte Strafen. Die ausgesprochenen Urteile kommen einer Verbannung aus der Partei für drei bis sieben Jahre gleich: Gerull kann fünf Jahre keine Parteiämter bekleiden, was wegen des Modus der Parteiwahlen ein siebenjähriger Ämterentzug ist, Ristock und Beck können eineinhalb Jahre keine Parteiämter bekleiden, das bedeutet: dreijährige politische Enthaltensamkeit. Die Atmosphäre der Verfahren glich der früherer Schauprozesse in der Sowjetunion: Die Bundesschiedskommis-

sion war mit dem festen Auftrag aus Bonn gekommen, ein Exempel gegen die Parteilinken nicht allein für Westberlin, sondern auch für die Bundesrepublik zu statuieren. Von den Beschuldigten wurde Selbstkritik und Selbstanklage verlangt, schließlich eine Art Geständnis erpreßt, indem Fehler bekannt und Besserung gelobt werden. Auch Zynismus fehlte nicht: Die Schiedskommission beendete den Urteilsspruch mit der Floskel, daß "die Beteiligten mit dem Gefühl nach Hause gehen können, daß unabhängige Genossen ein gerechtes Urteil gefällt haben".

Das Ausschlußurteil gegen den Charlottenburger Funktionär hob die Schiedskommission zwar auf, ging aber inhaltlich auf die von Gerull geäußerten Vorwürfe gar nicht ein. Eine kuriose Rolle in diesem Verfahren spielte der Chefredakteur der SPD-Zeitung "Berliner Stimme", der Gerulls Leserbrief veröffentlicht hatte, dann im Landesvorstand aber für den Sofortausschluß Gerulls stimmte. Hierüber zeigte sich sogar die Bundesschiedskommission befremdet. Auch der Auftritt Innensenator Neubauers in der Rolle des Anklägers war pikant. Neubauer behauptete, daß Bischof Scharf in seinem Dienstzimmer geäußert habe, daß in der Spitzengruppe der Vietnam-Demonstranten vermutlich Waffen getragen würden und daß geschossen würde, wenn die Polizei eingreife. Aus diesem Grund sei Scharf für eine Genehmigung der Demonstration gewesen - nicht er und die Polizei seien, wie Gerull behauptete - bereit gewesen, die Stadt in ein Blutbad zu stürzen, sondern die Gegenseite. Es ist zu vermuten, daß der Bischof sich zu dieser Darstellung noch äußern wird.

Das Verfahren gegen Ristock und Beck erbrachte nach der "Beweiserhebung" keine Annäherung der Standpunkte, weshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Schiedskommission mit Beck und Ristock "ein kameradschaftliches Gespräch" führte, nach dessen Verlauf die beiden SPD-Funktionäre eine Erklärung abgaben, in der sie bekannten, Fehler gemacht zu haben; heute würden sie an einer Demonstration wie der vom 18. Februar nicht mehr teilnehmen. Die Alternative zu dieser Erklärung war der Parteiausschluß. Der Urteilstenor setzt offensichtlich Maßstäbe für die SPD. Er gab zwar zu, daß nicht der SDS den Gesamtcharakter der Demonstration bestimmt habe, sie sei eine pluralistische gewesen. Allein die Nachbarschaft von Sozialdemokraten zu SDS- und SED-Mitgliedern aber brachte die Gefahr, daß die SPD mit ihnen identifiziert würde. Im Bewusstsein der Bevölkerung sei hängen geblieben, daß Beck und Ristock mit dem SDS demonstriert hätten. Die Kommission machte klar, daß sie die Westberliner Situation nicht berücksichtigen wolle: Die Bundesschiedskommission könne sich bei ihren Urteilen nicht am Tagesbedarf eines Parteibezirks orientieren, man müsse die Gesamtpartei im Auge haben. Ein Bundesschiedsspruch müsse langfristige Wirkung haben.

Die abschreckende Wirkung der Verbannungsurteile auf die Parteilinke war eiskalt kalkuliert. In Bonn und in Westberlins Führungsspitze hofft man auf Resignation bei der Linken. Beobachter sprachen davon, daß mit diesem Spruch der "Klassenkampf innerhalb der SPD" möglicherweise für lange Zeit entschieden sei.

2. NOVEMBER IN DORTMUND: GRÜNDUNG DES WAHLBLOCKS

Am kommenden Sonnabend wird in Dortmund der Gründungskongreß für ein demokratisches und sozialistisches Aktionsbündnis zur Bundestagswahl 1969 stattfinden. Der Kongreßtagt in der Kleinen Westfalenhalle und beginnt um 10 Uhr. Zur Beteiligung haben die meisten derjenigen Organisationen und Verbände der APO aufgerufen, die für eine Einbeziehung des Parlaments in den Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung sind. - Die Hauptreferate in Dortmund halten der Gelsenkirchener Betriebsrat Helmut Bublitz und der Marburger Professor Werner Hofmann. Am Nachmittag tagen acht Arbeitsgemeinschaften, die ein Wahlprogramm erarbeiten und die Wahltaktik der APO erörtern wollen. Nach Beendigung der Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften soll am späten Nachmittag das Aktionsbündnis konstituiert werden. - Am Wahlbündnis will sich auch die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS) beteiligen: Am vergangenen Wochenende beschlossen die Bundesdelegierten der VUS, nicht mehr wie früher einzelne progressive SPD-Kandidaten zu unterstützen.

REPUBLIKANISCHER CLUB

FREITAG, 1. November, 20 Uhr: Clubdiskussion mit Theodor Ebert "Zur Strategie gewaltfreier Aktionen in Formal-Demokratien.

SONNTAG, 3. November, 20 Uhr: "Israel - der zionistische Staat". Eine Diskussion mit Jochanan Bloch, dem Autor des Buches "Judentum in der Krise".

TERMINE

MITTWOCH, 30. Oktober, 18 Uhr: Konventsitzung der FU-Studentenvertretung im Hörsaal D des Henry-Ford-Baus. U. a. Wahl des 2. AStA-Vorsitzenden und der AStA-Referenten.

MONTAG, 4. November, 20 Uhr: Gedichte von Lorca werden im "theater 57" des Reichskabarets, Ludwigkirchstraße 6, gelesen.

DONNERSTAG, 31. Oktober, 20 Uhr: Informationsveranstaltung über "Persien, Griechenland und der Imperialismus" im Audimax der FU (ursprünglich für 1. November geplant).

FREITAG, 1. November, 20 Uhr: Veranstaltung zur Justizkampagne, Saal 101 der TU.

SONNABEND, 2. November, 12 Uhr: Vietnam-Aktion von Gruppen der APO, Hohenstaufenplatz in Neukölln.

SONNTAG, 3. November, 15 Uhr: Teach-in zum CDU-Bundesparteitag, Auditorium maximum der TU.

FDP-WAHLKAMPF: AGENTUR IN DÜSSELDORF BEAUFTRAGT

Die FDP hat mit der endgültigen Führung ihres Bundestagswahlkampfes 1969 die Düsseldorfer Werbeagentur "Team" beauftragt. Eine schon perfekte Abmachung mit einer Hamburger Agentur war im Frühsommer geplatzt, nachdem die Vereinbarung durch eine Indiskretion dem "Spiegel" vorzeitig zugespielt worden war. Zielrichtung des FDP-Wahlkampfes werden jene Wählergruppen sein, aus denen die FDP ihr Revirement der letzten Zeit bestritten hat. Innenpolitisches Wahlkampfthema Nr. 1 wird die Bildungspolitik. Außenpolitisch erwägt die FDP, trotz der CSSR-Krise ihre Bemühungen um eine neue Ostpolitik einschließlich DDR-Anerkennung herauszustellen.

BUNDESKABINETT: MEHR GELD FÜR DIE ZENSUR

Das Bundeskabinett in Bonn hat die in Bad Godesberg beheimatete "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" für 1969 mit einem Etat von 226 700. - DM ausgestattet. Das sind 40 000. - DM mehr als in diesem Jahr. Die Etaterhöhung erfolgte, weil ein "höherer Arbeitsanfall" zu erwarten sei. Die beiden letzten spektakulären Zensureingriffe der Behörde richteten sich gegen zwei linke Zeitschriften: Ende August wurde wegen eines "unzüchtigen Titelbildes" die Frankfurter Zeitschrift "pardon" auf die Liste "jugendgefährdender Schriften" gesetzt, 14 Tage später "konkret" wegen eines Nachdrucks aus dem literarisch allgemein hochgeschätzten neuen Buch von Hubert Selby, "Letzte Ausfahrt Brooklyn".

AUFRÜSTUNG: DREI MILLIARDEN MARK IN RESERVE

Rund 3 Milliarden DM aus Haushaltsmitteln liegen derzeit beim Bundesverteidigungsministerium in Bonn nach Angaben aus gut unterrichteten Quellen fest. Diese Gelder wurden zwar von der Regierung beantragt und vom Parlament bewilligt, konnten aber nicht ausgegeben werden, da sich die Bundeswehr nicht im Klaren ist, was sie dafür anschaffen will, die "Planung" sei noch nicht so weit. Die eben jetzt durch den Verteidigungsausschuß bewilligte Anschaffung von "Phantom"-Flugzeugen für etwa 3 Milliarden DM bezieht sich nicht auf diese Summe - sie müssen neu bewilligt werden.

INDONESIEN: SDS-PROTEST GEGEN TODESURTEILE

Die Außenkommission des SDS hat in einer Erklärung gegen die Todesurteile für die beiden Kommunisten Njono und Sudisman protestiert. Die beiden, beschuldigt, an einem Generals-Putsch vom 30. September 1965 teilgenommen zu haben, wurden von einem Militärgericht verurteilt. Wie bekannt, wurden im Verlaufe dieses Putsches einige hunderttausend indonesische Kommunisten ermordet, ihre Partei liquidiert. "Die Verurteilung der Genossen Njono und Sudisman ist ein erneutes Zeichen dafür, daß das faschistische indonesische Militärregime in Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus auch in Zukunft alle terroristischen Mittel einsetzen wird, um jegliche Opposition in Indonesien zu liquidieren. Die Verurteilung der beiden kommunistischen Führer ist aber auch zugleich ein Zeichen der politischen Schwäche des Regimes angesichts der sich auf richt-revisio-nistischer Grundlage reorganisierenden kommunistischen und revolutionären Bewegung", heißt es in der SDS-Erklärung, in der die Freilassung beider Verurteilten und aller anderen politischen Gefangenen gefordert und die Solidarität mit den Volkskräften Indone-siens ausgesprochen wird, die jetzt den bewaffneten Volkskrieg beginnen.

APO-KALYPSE: ZUGUNSTEN DER RECHTSHILFE

"APO-kalypse" (griech.: Enthüllung) ist der Titel zweier Veranstaltungen, die am 22. November (Bonn) und 23. November (Bahnhof Rolandseck) zugunsten der Rechtshilfeor-ganisationen der Außerparlamentarischen Opposition stattfinden werden. Kostenlose Mit-wirkung haben u. a. bereits zugesichert: Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Rolf Schwendter, Bernd Witthüser, Ulli & Frederik, Christian Enzensberger, Yaak Karsunke, Klaus Budzinski, Reinhard Hippen, das Kölner Antikabarett "Floh de Cologne". Veran-stalter ist, mit Unterstützung des RC Mainz, das Bonner "Zentrum Arbeiter, Schüler, Studenten" (ZASS). Vorschläge über weitere Mitwirkung und Kartenvorbestellungen: Gu-stav Berresheim, 53 Bonn, Herwarthstraße 6.

STRASSENTHEATER: JETZT AUCH IN DEN USA

Nach dem Vorbild der sozialistischen Straßentheater der russischen Revolutionszeit - wiederaufgelegt in Straßentheatern des SDS während der vergangenen Monate in der Bun-desrepublik und in Westberlin - haben sich jetzt auch in den USA auf den Straßen agitie-rende Theater gebildet, die sich "Guerilla-Bühnen" nennen. Als die drei besten Theater werden von amerikanischen Rezensenten - die Guerilla-Bühnen erfahren in den Vereinig-ten Staaten regelrechte Besprechungen - bezeichnet: "Mime Troup" aus San Franzisco, "City's Bread" aus New York und "El Teatro Campesino" aus Kalifornien. Das Reper-toire der Theater umfaßt sowohl "normale Stücke", wie etwa die "Cocktailparty" von T. S. Elliot oder den "Misanthrop" von Molière, allerdings modernisiert und mit aktueller Textteilen versehen, als auch Agitationsstücke gegen den Vietnam-Krieg und zur sozialen Situation in den USA. Die Rezensenten sagen den Straßentheatern nach, daß sie vom poli-tischen Kabarett Europas (das in den USA unbekannt ist) gelernt haben. Die Leiter der Theater haben alle in Europa studiert, einer ist Deutscher: Peter Schumann. Das New Yorker Theater spielt vornehmlich in den Slums der City, die kalifornischen Theater haben ihr Publikum bei den Landarbeitern. Der Chef der "Mime Troup", Ronnie Davis, umschrieb den Zweck der Guerilla-Bühnen: "Wir versuchen auf demütige Weise, die USA kaputtzukriegen".

CSSR-REPORTAGE: FÜR SPIEGEL BESTIMMT, VON BILD GEDRUCKT

Der CSSR-Journalist Ludek Pachmann machte schlechte Erfahrungen mit westdeutschen Kollegen. Für das Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" schrieb er am 28. Au-gust ein 15 Seiten langes Manuskript, in dem er sich bemühte, sich "nicht von Emotionen überwältigen zu lassen" (wie er jetzt an das Organ des westdeutschen Journalistenverban-des schrieb). In "dieser verwirrten Zeit" gelangte das Manuskript, wohl illegal, in die Hände eines Springer-Journalisten statt in die eines "Spiegel"-Mannes. Am 1. September druckte "Bild am Sonntag" die Reportage, obwohl aus dem Manuskript hervorging, daß es für den "Spiegel" bestimmt war - allerdings war diese Stelle ebenso gestrichen wie weitere zwei Drittel des Textes. Gestrichen wurden, wie Pachmann enttäuscht feststellt, "alle ein wenig pointierten Stellen. Dafür wurde ein weinendes Ende zugefügt, das ich nie



CHRISTLICH - DEMOKRATISCHER BEOBACHTER

Parteitagmeldungen für die Reichshauptstadt

ALLE JAHRE WIEDER...

Es ist wieder so weit. Bonn kommt nach Berlin. Die Berliner sind wieder wer.

Ab heute tagen die Bundestagsausschüsse in Westberlin. Nächste Woche zieht die CDU ihren Parteitag hier ab.

Man schmiert uns Honig um den Bart. Man versichert uns schulterklopfend Berlin sei eben doch die eigentliche Hauptstadt. Man wird uns viele schöne Dinge sagen. Man wird uns so viele schöne Dinge sagen, dass wir stutzig werden müssen. Wir kombinieren: Hier stimmt doch etwas nicht!

Und wir fragen:

WAS HABEN DIE BERLINER VON DIESEM POLITISCHEN RÜMMEL ?

- Die CDU wird uns die eigentliche Hauptstadt wieder bestätigen. Es stimmt, dass die Berliner das gerne hören. Aber ehrlich: Wer glaubt denn noch daran?

- Die CDU wird sich fürchterlich stark machen für die Sicherheit Westberlins. Es stimmt, dass die Berliner in Sicherheit leben wollen. Aber ehrlich: Wer gibt noch einen Pfifferling auf die Angeberei der CDU?

- Die CDU wird auf die wirtschaftlichen Subventionen für Berlin hinweisen. Es stimmt, dass wir von solchen Subventionen gehört haben. Aber ehrlich: Wer hat sie jemals gesehen? Wer weiss nicht, wohin diese Subventionen gehen? Wer weiss nicht, dass diese Subventionen bei der Bevölkerung überhaupt nicht ankommen? Dass sich die Unternehmer und Spekulanten an diesen Subventionen gesundstossen, während in Berlin die Wohnungen teurer werden, die Arbeitsplätze vergammeln und moderne Industrien sich lieber woanders ansiedeln?

WAS HABEN DIE BERLINER DAVON, DASS DIE CDU IN BERLIN HERUMTÖNT ? FÜR DIE VERSPRECHUNGEN DER CDU KÖNNEN SICH DIE BERLINER NICHTS KAUFEN !

IM G E G E N T E I L :

Die CDU wird mit ihrem Parteitag natürlich die DDR provozieren, die Westberlin nicht als Teil der Bundesrepublik ansieht (und in dieser Meinung mit den Amerikanern, Engländern und Franzosen übereinstimmt!!).

Die DDR wird sich eine solche Provokation nicht gefallen lassen. Sie wird Gegenmassnahmen ergreifen.

Das kratzt die CDU nicht, denn die Parteitagsteilnehmer fahren nach ein paar Tagen wieder nach Hause.

ABER ES KRAI_ZT UNS ! DENN WIR SIND IN BERLIN ZUHAUSE !

Man macht uns Mut auszuhalten. Aushalten sollen wir die Scheisse, die die CDU uns hier einbrockt, ohne sich um unsere Interessen zu kümmern.

S C H E I S S P A R T E I !

Natürlich weiss die CDU, was sie den Berlinern mit ihrem Parteitag einbrockt.

Sie nimmt keine Rücksicht darauf und hält ihn doch in Berlin ab.

Da muss man doch fragen:

WARUM TUT SIE DAS ?

Die Antwort ist einfach:

DIE CDU HAT INTERESSE AN EINER VERSCHARFTEN BERLIN-SITUATION !

DIE CDU BRAUCHT EINE NEUE BERLIN-
KRISE !

AMBERG: POPOS GRUNDETEN DKP MIT

AMBERG: POPOS GRUNDETEN DKP MIT

In der oberpfälzischen Stadt Amberg bestand die Politische Polizei auf Teilnahme bei der Konstituierung des Stadtausschusses der Deutschen Kommunistischen Partei. Nachdem sich der neugewählte Vorstand bei der Stadtverwaltung - der in Bayern die Polizei untersteht - beschwert hatte, entschuldigte sich Ambergs Oberbürgermeister offiziell bei der DKP für diesen "Übergriff".

FRANKFURT: HINTERGRÜNDE DER "EIDES-AFFÄRE"

Die Gründe für das "Sitzenbleiben" der Rechtsanwälte Mahler und Eschen im Frankfurter "Brandstifter-Prozeß" wurden in der Tagespresse unzulänglich dargestellt. Der Beschuldigte Proll, der die religiöse Eidesformel ablehnt, hatte verlangt, daß er während solcher Eidesleistungen aus dem Saal geführt werde. Das wurde verweigert, worauf er sitzenblieb. Der Richter verhängte daraufhin über Proll - und andere - eine Serie von Ordnungsstrafen, die zudem nicht nach Beratungspausen und Befragung der Laienrichter zustandekamen. Rechtsanwalt Mahler kündigte daraufhin Protest gegen diese Maßnahmen und ebenfalls "Sitzenbleiben" an. Erfolg: Die Angeklagten erhielten jetzt bei "Sitzenbleiben" keine Ordnungsstrafen mehr.

PERSONALIEN

HANS-DIETRICH WEDEPOHL, Sozialpädagoge und Mitglied des Republikanischen Clubs in Westberlin, erklärte sich in einem Brief an den Westberliner Generalstaatsanwalt bereit, für den Dutschke-Attentäter als Strafvollzugshelfer tätig zu werden, falls Josef Bachmann verurteilt wird. Wedepohl bittet zu prüfen, ob angesichts der wiederholten Selbstmordversuche Bachmanns nicht schon jetzt eine Betreuung einsetzen kann.

JÜRGEN MOSER, als Anwalt im Schlagstock-Prozeß vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich, teilt uns zu unserer Meldung "Prozesse Meinekestraße" in der letzten Nummer mit, daß auch in dieser Sache bereits zwei Verfahren vor dem Verwaltungsgericht laufen. Ein dieser Prozesse gegen das Land Berlin führt Moser im Auftrage des TU-Professors Sieverts, der am Ostersonnabend als Beobachter der Demonstration ebenfalls festgenommen und ins Polizeigefängnis gebracht worden war (AZ: VG I A 127/68).

HINWEISE

IN MARBURG wurde ein NATO-Arbeitskreis gegründet, der sich mit Problemen der Bundeswehr-Kampagne beschäftigen will, die von der APO im Winter und Frühjahr geführt werden soll. Mitarbeit und Materialien werden erbeten an Meinhard Starostik, 355 Marburg, Am Renthof 1.

EINEN PAPERBACKBAND mit dem Titel "Biafra - Todesurteil für ein Volk?", der weitgehend nur den Biafra-Standpunkt darstellt und deshalb den Titel "Dokumentation" nur halbwegs verdient, ist im evangelischen Lettner-Verlag (1 Berlin 44, Braillestraße 6) erschienen. Zusammengestellt wurde der Band von den Gründern der "Biafra-Hilfe".

SPRACHFÜHRER DURCH DIE REVOLUTION nennt sich ein kleines Buch im Mao-Bibel-Format, das die Verlagsauslieferung Dr. H. P. Hohn, 8 München 13, Agnesstraße 17, herausgebracht hat. Das lexikalische Werk definiert den Sprachschatz der "Neuen Linien" und gibt eine Bibliographie zum Thema Außerparlamentarische Opposition.

ZITAT DER WOCHE

Die Unternehmerzeitschrift "Der Arbeitgeber" in einem Artikel zur Mitbestimmung: "Obwohl die Arbeitgeber in ihren Betrieben als Motoren der Sozialen Marktwirtschaft so fortschrittlich denken wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe, wahren sie dennoch - bei allem Mut zum Risiko - eine konservative Grundeinstellung in dem Sinne, nichts ohne Not zu ändern und damit unnötige Gefahren heraufzubeschwören."

STELLENANGEBOT DER WOCHE

Im "Deutschen Ärzteblatt" sucht das neue Klinikum der FU in Westberlin einen "wissenschaftlichen Assistenten", von dem "abgeschlossene Medizinalassistenten- und Wehrdienstzeit" gefordert wird. Für Westberliner ist die Stelle damit gesperrt, da sie keine Wehrdienste abzuleisten haben.

APO-DISKUSSION: AUFGABEN EINES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

Am kommenden Montag - 4. November - wird der Republikanische Club in Hamburg über seine weitere Arbeit beraten. Das Hamburger "Anarchokollektiv" möchte den bisherigen Clubvorstand abgelöst sehen. Nach eigener Aussage sieht es die Ablösung des Clubvorstandes als seine eigentliche politische Aufgabe an, da der Clubvorstand die Entfaltung der anti-autoritären Bewegung behindere. Die Auseinandersetzung im Hamburger RC geht auf offenbar grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition über Strategie und Taktik und über die nächsten und unmittelbaren Aufgaben der APO zurück und findet, mehr oder minder sachlich ausgeglichen, in den meisten Städten der Bundesrepublik und in Westberlin statt. - EXTRA-Dienst dokumentiert zur Hamburger RC-Auseinandersetzung mit Einverständnis der beiden Verfasser zwei Referate, die in Hamburg vor dem Republikanischen Club gehalten wurden und die die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten in einigen Fragen herausarbeiten: Heute veröffentlichen wir den Wortlaut des Vortrages von Oskar Negt (SDS Frankfurt) auf der Eröffnungsveranstaltung des Republikanischen Clubs in Hamburg. In der Sonnabendausgabe dokumentieren wir ein Referat des RC-Vorsitzenden von Hamburg, Marcus Scholz.

Im letzten Jahr gab es vor allem drei Ereignisse, die für die "Neue Linke" von fundamentaler politischer Bedeutung sind: die Springer-Blockaden der Außerparlamentarischen Opposition der Bundesrepublik und die mit ihnen zusammenhängenden Polizeiaktionen; die Revolte der französischen Studenten und die durch sie ausgelöste Streikbewegung; schließlich die Okkupation der CSSR durch die fünf Staaten des Warschauer Paktes. Es sieht so aus, als hätten diese Ereignisse wenig miteinander zu tun. Neben den mannigfaltigen Solidarierungen, durch die sie oberflächlich verknüpft werden, lassen sich bei näherem Betrachten jedoch charakteristische Züge feststellen, die sie zu Bestandteilen eines einheitlichen Prozesses machen. Der Unterschied zwischen den französischen und deutschen Ereignissen ist offenkundig; er besteht unzweifelhaft darin, daß nur Randgruppender deutschen Arbeiter, vor allem Jugendliche, an den von den Studenten in Gang gesetzten und organisierten Aktionen aktiv sich beteiligten, während die Masse der Lohnabhängigen abseits stand; sie zeigte weder eine spontane Bereitschaft, gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze in einen politischen Streik zu treten, noch machte sie ernsthaft Anstalten, die demokratiegefährdende Macht eines Presseimperiums zu brechen.

Nun könnte man einwenden, daß die Bereitschaft zum politischen Massenstreik sehr wohl bestanden habe, durch die wortradikale Scheinopposition der Partei- und Gewerkschaftsapparate aber neutralisiert und abgelenkt worden sei. In gewissem Maße trifft das durchaus zu. Aber es ist nur die halbe Wahrheit.

Die französischen und tschechoslowakischen Ereignisse sind gerade dadurch charakterisiert, daß sich die jeweiligen Apparate als Disziplinierungsinstrumente der Arbeiterschaft und der Massen umstandslos nicht durchsetzen konnten. In beiden Fällen hat sich nämlich ein neuartiges Element der radikalen Opposition in hochindustrialisierten Gesellschaftsordnungen gebildet, das auf den eigentlichen historischen Stellenwert dieser Ereignisse hinweist: eine durch nicht-bürgerliche Formen von Öffentlichkeit politisierte Masseninitiative, die sich von den Direktiven und Losungen zentralisierter Apparate weitgehend gelöst hat.

Diese Art von dezentralisierter Praxis hat mit der Ideologie aktionsfreier Aufklärung gleichzeitig den reintechnologischen Charakter der effektiven Umsetzung von administrativen Entscheidungen verloren und ein politisches Moment öffentlich vermittelter Kooperation und Kommunikation aufgenommen. Wenn Bürokraten dadurch charakterisiert sind, daß sie sich im Dienste von Klasseninteressen und Privilegien gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der Massen, deren Erfüllung historisch möglich ist, verselbständigt haben, dann ist das tatsächliche Verhalten der Apparate des nachrevolutionären Establishments, einschließlich der von ihm abhängenden Parteien, von den Apparaten des "vorrevolutionären" Establishments der spätkapitalistischen Klassengesellschaften nicht grundsätzlich unterschieden; sie reagieren auf einen wachsenden Legitimationsdruck "von unten" mit den Mitteln, die ihnen reichhaltig verfügbar sind und in deren Handhabung sich

ihre ganze politische Phantasie erschöpft hat: mit organisierter Gewalt in ihren vielfältigsten Erscheinungsformen von Militär, Technologie und Polizei.

Alle System-Opposition, deren Organisationsformen starr an Konfrontationsebenen von organisierter Gewalt gebunden sind, kann heute leicht zerschlagen werden. Die zentralistischen Kaderparteien leninistischen Typs, die, weil sie die propagierte Revolution mehr verwalten als praktizieren, nur noch in der lähmenden Furcht vor der Gefährdung ihrer sorgsam behüteten Apparate existieren, sind deshalb unfähig, eine sozialistische Transformation der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnungen einzuleiten und organisiert durchzuführen. Ihre kleinbürgerliche Angst vor der Spontaneität, dem "Anarchismus" der Massen steht, wie die KPF zeigt, derjenigen des entpolitisierten Teils der Bevölkerung und der bürgerlichen Staatsapparatur nicht nach. In der Dritten Welt, wo es um die organisatorische Führungsrolle in aktuellen revolutionären Prozessen geht, haben sie längst ihre zentrale Bedeutung verloren; in den westlichen Ländern lassen sie mit jeder Wahlentscheidung ihre Ohnmacht bestätigen; in den Ländern des Ostblocks verhindern sie eine durch Öffentlichkeit und Masseninitiative vermittelte Entstalinisierung, die linke Alternativpositionen, wie etwa die Arbeiterselbstverwaltung, als objektive Möglichkeit und damit als historische Notwendigkeit, allererst ins Bewußtsein breiter Massen heben könnte.

Diese dezentralisierte Praxis ist freilich nicht nur ein strategisches Konzept der "Neuen Linken", das sich langfristig wahrscheinlich auch in den heute noch stalinistischen Ländern und Parteien durchsetzen wird, sondern gründet sich gleichzeitig auf eine den Industriegesellschaften immanente Entwicklungstendenz. Mit wachsender Mechanisierung und Automatisierung der Wirtschaft nimmt der Aktionsspielraum von relativ autonomen Wirtschaftseinheiten zu, in denen sich auch neuartige Kooperationsansprüche entwickeln. Die Ausbildung von soziologischer und politischer Phantasie ist heute nicht mehr ein bloßes Postulat, sondern wird von der industriellen Entwicklung selber erzwungen.

Die Arbeit an Maschinen und Aggregaten, die in den fortgeschrittenen Industriezweigen mehr und mehr in Gestalt einer gefügeartigen Kooperation erfolgt, macht Befehlsverhältnisse selbst unter ökonomischen Gesichtspunkten unproduktiv. Die wachsende Selbstsicherheit der am Produktionsprozeß unmittelbar Beteiligten, die Betriebe selbsttätig verwalten und Investitionsentscheidungen sachkompetent kontrollieren können, hat ein Klima des antiautoritären Protestes geschaffen, das sich von den gewerkschaftlichen Konzeptionen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis hin zur Neuformulierung von Rätegedanken wirksam zeigt. Die antiautoritären Bewegungen in den Industrieländern sind nicht allein durch die Psychologie und die privilegierte Stellung einzelner Alters- und Tätigkeitsgruppen, wie derjenigen der Studenten, zu erklären, sondern spiegeln in mehr oder weniger bewußt gemachten Formen einen realen gesellschaftlichen Prozeß wider.

Das hat für die praktischen Formen des Widerstandes, der Opposition und der sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten von Industriegesellschaften politisch weitreichende Folgen. Was noch in der Phase des Kalten Krieges als erfolgloses "anarchistisches" Abenteuer erscheinen konnte, wird künftig Bestandteil jeder ernsthaften sozialistischen Politik sein müssen - selbst wenn in der Periode experimenteller Erfahrungen Rückschläge unvermeidlich sein werden. Auf dem Hintergrund von Boykottdrohungen und in einer Atmosphäre entschlossener politischer Streikbereitschaft der den Kommunikations- und Produktionsprozeß kontrollierenden Bevölkerungssteile, können heute Fabrik- und Institutionsbesetzungen die technologische Repressionsapparatur unterlaufen und autonome Machtpositionen der Arbeiterklasse dauerhaft befestigen und ausweiten. Keine Armee der Welt, schon gar nicht die De Gaulles, hätte eine das ganze Land erfassende Welle spontaner Fabrikbesetzungen aufhalten können. Scheinrevolutionäre Abenteuer hätten demgegenüber darin bestanden, die substanzlos gewordenen, aber militärisch abgesicherten Einrichtungen im Zentrum des politischen Herrschaftssystems, wie Parlamente und Regierungsgebäude, zu erstürmen.

Dezentralisierte Praxis, die sich auf informelle politische Kader in den einzelnen Institutionen, in den Universitäten, Schulen, Fabriken, Rundfunk- und Fernsehanstalten stützt, ist gegenwärtig die Form von sozialrevolutionärer Opposition, die sich auf die Spielregeln der Parteien und der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht einlassen muß, ohne dadurch auf politische Wirksamkeit zu verzichten. Eine solche Praxis setzt freilich, weil es darum geht, die Primär-Erfahrungen der Menschen an ihren Arbeitsplätzen zu erklären und

zu politisieren, neue Formen der politischen Öffentlichkeit voraus. Weder die Zerfallsformen der bürgerlichen Öffentlichkeit noch die zentralistischen Apparate wollen und können diese Aufgabe lösen.

Es ist nicht zufällig, daß in allen Industrieländern die Bedeutung von politischen Klubs zunimmt. In Deutschland nennen sie sich vorwiegend Republikanische Clubs, weil sie an den politischen Anspruch des Bürgertums in seiner revolutionären Entstehungsphase anknüpfen. Damals waren Klubs, Lesegesellschaften, Logen, Salons, usw. Kommunikations- und Aktionszentren, denen der organisatorisch-formale Aufbau der späteren Mitgliederparteien gänzlich fehlte; sie hatten eine informelle Struktur, griffen aber bis in die französische Revolution hinein und später in das politische Geschehen aktiv ein. Indem sie eine von zwangloser Verständigung und Aufklärung bestimmte interne Öffentlichkeit entfalteten, bildete sich das, was man heute eine politische Subkultur nennen würde; ihr Sinn bestand vor allem darin, Primärerfahrungen und Interessen des Bürgertums, die im rationalen Naturrecht ihren philosophischen Ausdruck fanden, politisch zu artikulieren.

Es ist heute für Linke sämtlicher Richtungen nicht mehr möglich, eine wie immer auch geschlossene und als gültig anerkannte Theorie der Befreiung des Proletariats einfach in Aktion umzusetzen; auch in dieser Hinsicht hat die Praxis ihren wesentlichen technischen Charakter verloren. Die Klubs sind informelle Zentren, in denen die Theorien und Strategien, welche die Aktionen leiten, selber erst entwickelt werden müssen.

Es geht hier nicht um eine Untersuchung der gegenwärtigen Verfassung der Klubs, sondern um den Versuch, sie als antibürokratische Organisationsformen der Vermittlung von Theorie und Praxis zu begreifen. Auch wenn sich eines Tages erweisen sollte, daß zentralere Organisationsformen (die jedoch keineswegs traditionelle Parteien sein müssen) für langfristige Perspektiven erforderlich sind, so würden sie, wenn sie sich nicht zu bürokratischen Apparaten verselbständigen wollen, Funktionen der Klubs übernehmen müssen.

Die bürgerlichen Klubs sind politische Klubs gewesen. Da in einer Gesellschaft, die an sich politisch ist, eine Beschränkung der politischen Aktivität auf einen willkürlich definierten Bereich des Politischen unmöglich ist, würden die Republikanischen Clubs heute mit Sicherheit degenerieren, wenn sie sich in "Stätten der politischen Begegnung" verwandelten. Sie stehen quer zu den Organisationen und Institutionen, und sie können nicht als Kompensationseinrichtungen existieren, welche die von der sogenannten bürgerlichen Öffentlichkeit hinterlassene Informationslücke durch ausgewählte politische Vortragsprogramme ausgleichen.

Denn eine aktionsfreie Aufklärung ist pure Illusion; politisches Bewußtsein, das individuelles Verhalten tatsächlich verändert, ist wesentliches praktisches Bewußtsein. Die Verwicklung der Menschen in Aktionen trägt auch zur theoretischen Umorientierung bei, sowohl für die Betroffenen selber als auch für die soziologischen Analysen. Das sind die Lehren, die man vor allem aus der französischen Protest- und Streikbewegung ziehen muß. Marx hat gesagt: "Ein einziger mutiger demokratischer Revolutionsversuch, selbst wenn er erstickt wird, löscht im Gedächtnis der Völker ganze Jahrhunderte der Infamie und Feigheit aus, rehabilitiert auf der Stelle eine noch so tief verachtete Nation." (Der demokratische Panslawismus, MEW, Bd. 6, S. 281) Die deutsche Geschichte kennt keinen solchen Versuch. Durch die Aktionen der französischen Studenten und Arbeiter sind dagegen mühevoll soziologische und sozialpsychologische Analysen von Jahren mit einem Schlage, durch einen einzigen Akt wirklicher demokratisch-revolutionärer Praxis, überholt oder doch in erheblichem Maße korrekturbedürftig. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Hebung des Lebensstandards als Vergrößerung der Integrationsbereitschaft der lohnabhängigen Massen verstanden wurde; die Vorurteile, die über die chronische Unfähigkeit von Intellektuellen, von Studenten bestanden, das schlummernde Aktionspotential der Arbeiterschaft breitenwirksam zu mobilisieren; schließlich die im Anschluß an Marcuse popularisierte Randgruppentheorie, die besagt, daß nur die wirklich Elenden, die Systemgeschädigten, die im Kapitalverwertungsprozeß überhaupt keine Funktion mehr haben, ein vitales Interesse an grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft haben können - eine Auffassung, die offenbar am Modell der beginnenden Rebellion der Schwarzen in den Vereinigten Staaten gewonnen ist und der die schon immer zweifelhafte These vom

politischen Bildungswert des Elends zu Grunde liegt: all diese Einstellungen, Vorurteile, dogmatischen Vereinfachungen haben die Sensibilität für die Vielfalt der aktuellen Oppositionsbewegungen abgestumpft und die politische Praxis mit einem unproduktiven Skeptizismus belastet, der ihrer richtigen Einschätzung im Wege steht.

Für die Außerparlamentarische Opposition, insbesondere auch den SDS, besteht gegenwärtig nicht der geringste Anlaß für eine euphorische Stimmung. Eine wesentliche Erweiterung der Basis in die Arbeiterschaft hinein ist bisher nicht gelungen; wahrscheinlich sind die Aktionsstrategien, soweit es sie überhaupt gab, viel zu wenig nach dem Kriterium dieser Erweiterungsmöglichkeiten entwickelt worden. Die zentralen Kampagnen der APO enthalten kaum Ansätze für aktionsgebundene Aufklärungsstrategien, die Sprachformen, Interessen, Bedürfnisse, Erfahrungen der lohnabhängigen Massen einbeziehen. Mit der Entwicklung gruppenspezifischer Programme, die sich auf die soziologische und politische Interpretation der Konflikte bestimmter gesellschaftlicher Schichten richten, hat man gerade erst begonnen. Mit einem Wort: Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition haben das praktische Niveau noch nicht erreicht, von dem aus ernsthaft an die Unterstützung und "Strukturierung" der antiautoritären Entwicklungstendenzen in der organisierten Arbeiterschaft und anderer gesellschaftlicher Gruppen gedacht werden kann. Das liegt zum einen an der in Deutschland besonders schwierigen Zweifrontenstellung der APO, speziell der Republikanischen Clubs; gegenüber der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit und gegenüber den Bürokratien, wo immer sie auch auftreten.

Zum anderen aber, und das ist von entscheidender Bedeutung, an den unklaren Vorstellungen über eine Bündnispolitik, in der sich inhaltliche Kompromißlosigkeit mit dem Bewußtsein verbindet, Kompromisse im Interesse der Stabilisierung der "Bewegung" eingehen zu müssen. Es gehört zu den Anfangsschwierigkeiten jeder im Entstehen begriffenen "Bewegung", daß sie fürchtet, durch Kompromisse ihre gerade erst gewonnene Identität zu verlieren, Kompromißlosigkeit ist nicht immer ein Zeichen von Stärke, und es kommt eben auf die Struktur und Rangordnung der konkreten Kompromisse an, die auf jeder historischen Entwicklungsstufe neu bestimmt werden müssen. Für Lenin gab es vor allem zwei konterrevolutionäre Kompromißformen, auf die sich das Proletariat ohne Aufgabe seiner historischen Mission nicht einlassen konnte: den Sozialchauvinismus des ersten Weltkrieges und den Kampf gegen die Oktoberrevolution. Heute dagegen müßten Kompromiß und Kompromißlosigkeit vom Bezugssystem der Sozialrevolution der Dritten Welt aus neu bestimmt und auch auf die nachrevolutionären Systeme und deren Parteien bezogen werden.

Das bedeutet aber, daß eine Rückkehr zur traditionellen Bündnispolitik der linken Parteien und Organisationen ausgeschlossen ist. Denn die Bündnispolitik kann nicht mehr auf einer formalen Kooperation mit irgendwelchen Vorständen und Gruppierungen beruhen, von denen wir glauben, daß sie für unsere Ziele einsetzbar sind. Die Bündnispolitik, die Lenin in seinem "Linksradikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" vorschlug nämlich Bündnisse und Kompromisse mit allen, mit korrumpierten Parlamenten und Regierungen, mit opportunistischen Gewerkschaften und Parteien, sofern sie nur als Agitationsforen für die Vermittlung der Ziele des revolutionären Proletariats benutzt werden können - diese Bündnispolitik ist für die Neue Linke nicht mehr praktikierbar. Sozialistische Bündnispolitik kann nur noch bedeuten, mit den Kräften in den Apparaten, Parteien, Organisationen, Institutionen zu kooperieren, die von sich aus antiautoritäre Entwicklungsprozesse eingeleitet haben. Es kommt eben darauf an, diese demokratischen Tendenzen so zu strukturieren, zu lenken, ins Bewußtsein der Agierenden zu heben, daß sie sich gegen die Manipulationsinstrumente selber wenden. Diese Form der Bündnispolitik kann den Bündnispartner nicht unverändert lassen; jeder ihrer Schritte muß von einer Änderung seines Bewußtseins und seiner Aktionsrichtung begleitet sein, um ihn zur organisierten Selbsttätigkeit in jenen Alltagsinstitutionen zu befähigen, die seinen konkreten Erfahrungsbereich ausmachen.

In den Republikanischen Clubs treffen sich Gruppierungen recht verschiedener Herkunft; sie müssen Kristallisationspunkte eines neuen politischen Bewußtseins sein, und je entschiedener und profilierter sie mit praktischen Programmen auftreten werden, desto größer wird die Konfliktebene sein, auf der sie agieren. Diese Phase ist unvermeidlich; sie muß durchgestanden werden. "

AUF MOABITER FLUREN - IN MOABITER SÄLEN / ZITATE EINER WOCHE

"Sie wollen sich nach wie vor nicht dazu bereit finden, was vor Gericht jahrhundertalter Brauch ist." (Amtsrichter Loch zum Studenten Paulsen, der im Meinekestraßen-Prozeß ebenso wie der Richter sitzenbleibt, wenn er Fragen an Zeugen hat).

"Loch locht mich wieder ein." - "Ab, ab ins Loch!" (Kommunarde Pawla, nachdem Amtsrichter Loch drei Tage Ordnungsstrafe gegen ihn erlassen hat wegen der Bemerkung "Von Loch zur Arschloch ist es nicht weit").

"Sie glauben doch nicht etwa, Sie hätten hier ein Mitspracherecht?!" (Loch zu Zuhörern, die den Zeugen Textor auffordern, lauter zu sprechen).

"Der Angeklagte hätte dem Zeugen nur einen Schlag zu versetzen brauchen und dann fragen können: So, willst du noch mehr oder stehst du endlich auf." (Plädoyer von Staatsanwalt Dr. Weimann gegen den durch Fotos und Zeugen überführten Polizisten Stamms, der am 2. Juni einen am Boden liegenden Mann verprügelte, der schon zuvor zweimal von mehreren Polizisten zusammengeschlagen worden und nach ein paar Schritten halb ohnmächtig zusammengebrochen war).

"Strafmildernd ist festzustellen: Der Angeklagte hat in der Hauptverhandlung einen ordentlichen Eindruck gemacht... Außerdem: Die Demonstranten haben ja vor der Oper angefangen. Ich habe zuerst gegen die sogenannten Jubelperser ermittelt und wurde dann in die Ermittlungen zur Oper eingeschaltet. Daher weiß ich aus der Vernehmung vieler Polizeibeamter: Das Eskalieren im Schlagstockgebrauch ist durchaus verständlich und entschuldigbar... Ich beantrage daher gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 300 Mark und gegen den nicht erschienenen Zeugen Morgentaler eine Ordnungsstrafe von 150 Mark." (Plädoyer Dr. Weimanns gegen Stamms; der Zeuge Morgentaler war Stamms Opfer vom 2. Juni, er hatte schon am ersten Verhandlungstag ausführlich ausgesagt).

"Widerstand ist dazu da, um gebrochen zu werden... Hätte mein Mandant tatsächlich nur einen Schlag gegen den Zeugen Morgentaler führen dürfen, dann müßte er so stark zuschlagen, daß der Demonstrant halbtot ist. Dagegen hat er mehrere sanfte Schläge ausgeführt." (Rechtsanwalt Korbmacher in seinem Verteidiger-Plädoyer; die Widerstandshandlung des Demonstranten wurde vom Gericht als abwehrende Fußbewegung gegen erneute Schläge gewertet).

"Der Morgentaler hat zwar ne Eingabe gemacht, daß er verreist gewesen sei, aber wir haben ihn ganz schön abgeschmiert." (Staatsanwalt Dr. Weimann in der Verhandlungspause zu einem als Zeugen geladenen Polizei-Einsatzleiter aus dem Kommando Kreuzberg, der sich erkundigte, was aus einer schon früher gegen das Prügel-Opfer erlassenen Ordnungsstrafe über 100 Mark geworden sei).

"Da kommt ja an Ordnungsstrafen für den Kerl mehr zusammen als an Geldstrafe für meinen Mandanten, falls er wirklich verurteilt wird." (Rechtsanwalt Korbmacher in der Pause zu Staatsanwalt Dr. Weimann).

"Was sollen wir kleinen Beamten denn machen. Ich hab selbst gehört, wie Duensing am 2. Juni den Befehl gegeben hat: 'Aufräumen! Draufhauen!' und jetzt wird der Kollege deswegen angeklagt." (Ein als Zeuge geladener Stamms-Kollege aus Kreuzberg in der Pause zu einem Journalisten).

"Na, unter euch Journalisten gibt's aber auch Typen. Ich bin beispielsweise im gleichen Schießverein wie der Kurras. Da ist auch der Wolfgang Schöne von der BZ drin. Und diesen Kontakt hat der Kerl ausgenutzt, um für den "Stern" damals dieses Kurras-Interview zu arrangieren. Da haben wir überlegt, ob wir den Schöne nicht ausschließen sollen." (Der Kreuzberger Einsatzleiter zu einem Journalisten).

"Im Namen des Volkes: der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens sowie die notwendigen Auslagen des Angeklagten zu seiner Verteidigung trägt die Landeskasse... Der nicht erschienene Zeuge Morgentaler wird zu einer Geldstrafe von hundert Mark verurteilt." (Aus der mündlichen Urteilsverkündung des Amtsrichters Stege).

KRITISCHE JUSTIZ

Vierteljahresschrift

"Kritische Justiz" ist eine neue Zeitschrift - sie will Öffentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissenschaft, für die Aufdeckung des Bezuges zwischen Recht und Gesellschaft, seinen politischen und sozialen Implikationen.

In Heft 1/68

(September)

Werner Hofmann	Die Krise des Staates und das Recht
Stephan Leibfried	Wissenschaftsprozess und politische Öffentlichkeit (Entscheidungen zum politischen Mandat der Studenten)
Jürgen Seifert	Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung
Wolfgang Perschel	Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innere Bundeswehreinsatz
Heinrich Hannover	Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht
Hans G. Joachim	Kritik und Selbstkritik der Richter
Thomas von der Vring	Ein Wahlrecht nach Maß
Walther Ammann	Bemerkungen zum 8. Strafrechtsänderungsgesetz
Aktuelle Kommentare / Entscheidungen / Rezensionen	

Vorschau Heft 2/68

(November)

Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität - Art. 12, 12 a GG und Europäische Menschenrechtskonvention - Zur Zulässigkeit von Tarifausschlussklauseln - Informationsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben - Demonstrationsrecht und Schulbesuchspflicht - Beiträge zur Reform der juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Außerparlamentarische Opposition

Einführungspreis für Heft 1/68 (nur bis 31.12.1968) 4. - DM

Im Jahresabonnement 20. - DM / Einzelheft 6. - DM

Für Studenten und Referendare jährlich nur 16. - DM

Prospekte und Bestellungen beim Verlag, 6 Frankfurt 70, Postfach 270

Wolfgang Friedmann
Recht und sozialer Wandel
Mit einem Vorwort von Spiros Simitis
1968, ca. 500 Seiten, Leinen ca. 80. - DM

Peter Thoss
Das subjektive Recht in der gliedschaftlichen Bindung
Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Privatrecht,
1968, 154 Seiten, Leinen, 20. - DM

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT
